

Danziger Zeitung.



Nr 9720.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle andwältigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 4. Mai. Die Commission des Nationalraths für das Fabrikgesetz hat bei der zweiten Sitzung den Normalarbeitsstag auf 11 Stunden festgelegt. — In Neuenburg wurde heute unter zahlreicher Theilnahme der Bevölkerung das Denkmal des Reformators Wilhelm Farel enthüllt.

Rom, 4. Mai. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer stellte der Ministerpräsident Depretis den Antrag, die Bureauz sollten bereits morgen mit der Prüfung der Eisenbahn-Conventionen beginnen und die Deputirtenkammer möge vor Allem die Convention, betreffend die oberitalienischen Eisenbahnen wegen des internationalen Charakters derselben berathen. Der Antrag wurde angenommen.

London, 2. Mai. Die telegraphische Verbindung mit Amerika ist zur Zeit unterbrochen.

Philadelphia, 3. Mai. Von den für die Weltausstellung bestimmten Gegenständen sind bereits neun Zehntel aufgestellt worden.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 4. Mai.

Zweite Sitzung des Gesetzentwurfs, betr. die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen.

Art. 1 der Vorlage lautet nach den Beschlüssen der Commission: „Die in der Kirchengemeinde und Synodalordnung vom 10. September 1873 und in der anliegenden General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 bestimmten und nach diesen Vorschriften zusammengefassten Synodalorgane über die nachstehenden Rechte nach Maßgabe dieses Gesetzes.“ (Die Worte: „und nach diesen Vorschriften zusammengefassten“ sind ein Zusatz der Commission.)

Abg. Brügel erklärt die Prüfung der Vorlage als Aufgabe der kirchlichen Organe, nicht der staatlichen, letztere haben nur die staatliche Anerkennung auszusprechen. Um dies thun zu können, bedarf es vor Allem der Untersuchung, ob die Kirchenverfassung kirchlich legal entstanden ist. Dies müsse beweisst werden, da die General-Synodalordnung materielle Abänderungen der bereits durch Staatsgesetze anerkannten Gemeinde- und Synodalordnung enthalte. Ein Uebrigen sei bei der der evangelischen Kirche von unten drohenden Gefahr des Unglaubens und der von oben drohenden Gefahr der Streitigkeiten über die obersten Machtfestigungen eine Kirchenverfassung nötig, welche die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche auf dem Fundamente der Glaubenswahrheit.

Abg. v. Sybel: Die Bedenken über die Legalität der Synodalordnung sind mindestens 10 Mal vorgebracht, 10 Mal widerlegt; heute haben wir sie zum ersten Male ohne neue Begründung zu hören bekommen. Der Vorredner bemühte sich, seiner Abneigung gegen diesen Gesetzentwurf die Stimmen seiner Partei des Centrums hinzugewinnen. Wir kennen alle sehr wohl noch aus früheren Berathungen die Erklärung dieser Partei, man überlässe uns Liberalen, mit Verletzung der heiligsten Prinzipien ohne Rücksicht auf konfessionellen Unterschiede kirchliche und kirchenpolitische Gelehrte für einzelne Confessionen zu berathen; den Prinzipien nach seien nur die Confessionen genossen bei solchen Gesetzen stimmberechtigt. Ich meine, wenn man damals, bei der Berathung der Kirchengemeindeordnung sich der Abstimmung enthielt, so muss man consequenter Weise sich auch heute einer solchen enthalten. Es wäre allerdings ein Vergüten, wenn es bei diesem Gesetz, wo die Majorität nicht ganz sicher ist, gelänge, dem Minister tüchtig eins an zu verfehlern. Die Herren von der Fortschrittspartei erklären die Vorlage für nicht verfassungsmässig, weil sie eine Anerkennung des durch historisches Recht nicht begründeten landesherrlichen Kirchenregiments enthalte, wodurch dasselbe nicht blos conservirt, sondern noch weiter bestärkt werde, was nach unserem Verfassungsrecht und nach den Forderungen einer freiheitlichen Entwicklung nicht geschützt werden könnte. Abg. Birchow befämpft insbesondere die Vorlage vom Standpunkt der individuellen Freiheit, er findet eine Gefahr für diese in der gesetzlichen Constitutionierung der verschiedenen über einander gebildeten synodalen Körperschaften. Wo nicht individuelle Religionsfreiheit die Grundlage aller kirchlichen Formationen bildet, kann allerdings weder von Religion noch von Kirche geredet werden, aber gerade von dem Standpunkt aus, die Religionsfreiheit gegen jede Aufhebung zu sichern, kommt ich zu entgegengesetzten Conklusionen wie College Birchow. Was verbürgt ihm denn, dass die individuelle Religionsfreiheit unter der Herrschaft souveräner Gemeinden besser garantiert ist, als unter den Organen der weiteren Landeskirche, oder glauben Sie, dass Sie nur das Wort „Gemeinde“ auszupredigen brauchen, um damit eine Garantie der persönlichen Freiheit zu haben? Hat nicht die durch und durch demokratische Stadtgemeinde Genf den Reiter Servet auf den Scheiterhaufen gestellt? Hatten nicht in unseren Städten, als sie noch selbstständige Kleinstaaten waren, unerbördlicher Wechsel von Parteiherbstäften stattgefunden? Sind auf dem kirchlichen Gebiete günstigere Erfolge von der Kleinstaatenrei zu erwarten, als auf dem politischen und nationalen? Die Consequenz dieses Individualprinzips — ich erinnere an die enthusiastische Ausführung desselben Seitens des Abg. v. Sander-Tarpitschen — fordert unbedingt die Begrämung des Zwanges der gesetzlichen Constitutionierung auch bei den Gemeinden und die Aufstellung des Prinzips der freien Association. (Sehr richtig! im Vorschritt!) Es sind das nicht utopische Dinge. Ein solches Kirchensystem oder vielmehr Unkirchensystem existiert auf breitem Boden in langjähriger Praxis bei den freien Congregationen Nordamerikas; es existiert, weil die Bevölkerung davon gewöhnt ist, aber einen amerikanischen Staatsmann werden Sie mit schwerlich citieren, der dies System als eine der schönen Seiten der freien Union geihlbert hätte. Bei uns würde der ganze Eifer der Dissidentenschaft sich dieser Waffe bemächtigen, sowohl der linken als ultrarechten Seite. Sie würden Spiritisten, Musiker und Inspirierte aller Art bekommen, die Bevölkerung würde sich schieflich mit Etel und Erniedrigung von jedem Kirchenwesen abwenden, die evangelische Kirche würde in sterile, aller Welt lästige Staubkörner zerstagen

werden, und die Frage, wessen Geschäft damit gemacht wäre, würde Niemand beantworten können, so wie Herr Windhorst (Meppen). Sie sehen, der unbedingte Individualismus würde hier wie überall den rohen Kampf um's Dasein eröffnen, wo der Starke den Schwachen ausbietet. Der Abg. Hänel hat zum Mittelpunkt seines Widerpruches die Volenit gegen das landesherrliche Kirchenregiment gemacht, das ohne einen rechtlichen Bestand in früherer Zeit durch das Landrecht eine Zeit lang abgeschafft gewesen sei und jetzt zum ersten Mal zu einem wichtigen rechtl. Factor erhoben werden sollte. Das landesherrliche Kirchenregiment der protestantischen Fürsten in Deutschland ist geboren worden auf dem Reichstage zu Speier von 1526, und wenn man es als aus einem Notstande hervorgegangen erklärt, so war der ganze sogenannte Notstand der, dass es nicht gelang, die Majorität des Reichstages zu bestimmen, in ganz Deutschland die päpstliche Herrschaft abzuschaffen, sondern nur für die von der protestantischen Bewegung bereits erfüllten Territorien die Sanction des Reiches für das jus reformandi zu gewinnen. Dieses Recht hat das ganze protestantische Leben gestaltet. So in Schwaben, Sachsen und Brandenburg und als Erben ihrer Ahnen haben unsere Kurfürsten und Könige dieses Recht übernommen. Der Artikel 15 der Verfassung hat an dem früheren Zustande nichts geändert. Die Frage steht jetzt so: wollen Sie durch Bildung von Synoden, von repräsentativen Körpern der evangelischen Kirchengemeinde den bisherigen absolutistischen Zustand des Kirchenregiments modifizieren, oder ziehen Sie die ursprüngliche Form vor? Der Abg. Hänel hat mit der ihm eigenen Präzision geantwortet: lieber das Alte, denn der absolutistische Charakter hat seine natürliche Begrenzung dadurch gefunden, dass der summa episcopus in Deutschland nur im Pluralis vorhanden war, das sich also nicht an einer Stelle die verderbliche Wirkung geltend machen konnte, jetzt aber soll eine Verfassung gegeben werden, von der Anhänger und Gegner sagen, das sich um sie allmälig alle protestantischen Kirchen Deutschlands sammeln sollen. — Nun, eine Annexion der nichtpreußischen evangelischen Kirchen Deutschlands kann durch den General-Moltke bestimmt und nach diesen Vorschriften zustande gebracht werden, vollzieht sie sich aber auf Grund der freien Anerkennung der übrigen Kirchen, so giebt es dafür nur das Moment der Bewunderung der Trefflichkeit dieser Kirchen-Verfassung. Endlich stellt man diesen Einrichtungen noch die Parität entgegen; man befürchtet nämlich, der Landesherr könnte zu Gunsten der evangelischen Landeskirche als Summepiscopus derselben seine staatlichen Befugnisse unparteiisch verwälten. Wenn aber eine solche Gesinnung bei einem Monarchen vorhanden wäre, so bedarf er zur Verstärkung derselben in der That nicht erst die Stellung des Summepiscopus innerhalb der evangelischen Kirche. Wir sollten das Summepiscopat doch hente schon schäzen gelernt haben! Diese Verbindung der kirchlichen und politischen Macht-Befugniss schneidet mit einem Schlag jede Möglichkeit eines Conflictus zwischen Staat und Kirche ab. Einer solchen Segnung gegenüber nehme ich gern dieses und jenes in der Gesetzesvorlage, was mir persönlich vielleicht nicht gefällt, mit in den Raum.

Abg. Knörr: Die Bedenken über die Legalität der Synodalordnung sind mindestens 10 Mal vorgebracht, 10 Mal widerlegt; heute haben wir sie zum ersten Male ohne neue Begründung zu hören bekommen. Der Vorredner bemühte sich, seiner Abneigung gegen diesen Gesetzentwurf die Stimmen seiner Partei des Centrums hinzugewinnen. Wir kennen alle sehr wohl noch aus früheren Berathungen die Erklärung dieser Partei, man überlässe uns Liberalen, mit Verletzung der heiligsten Prinzipien ohne Rücksicht auf konfessionellen Unterschieden kirchliche und kirchenpolitische Gelehrte für einzelne Confessionen zu berathen; den Prinzipien nach seien nur die Confessionen genossen bei solchen Gesetzen stimmberechtigt. Ich meine, wenn man damals, bei der Berathung der Kirchengemeindeordnung sich der Abstimmung enthielt, so muss man consequenter Weise sich auch heute einer solchen enthalten. Es wäre allerdings ein Vergüten, wenn es bei diesem Gesetz, wo die Majorität nicht ganz sicher ist, gelänge, dem Minister tüchtig eins an zu verfehlern. Die Herren von der Fortschrittspartei erklären die Vorlage für nicht verfassungsmässig, weil sie eine Anerkennung des durch historisches Recht nicht begründeten landesherrlichen Kirchenregiments enthalte, wodurch dasselbe nicht blos conservirt, sondern noch weiter bestärkt werde, was nach unserem Verfassungsrecht und nach den Forderungen einer freiheitlichen Entwicklung nicht geschützt werden könnte. Abg. Birchow befämpft insbesondere die Vorlage vom Standpunkt der individuellen Freiheit, er findet eine Gefahr für diese in der gesetzlichen Constitutionierung der verschiedenen über einander gebildeten synodalen Körperschaften. Wo nicht individuelle Religionsfreiheit die Grundlage aller kirchlichen Formationen bildet, kann allerdings weder von Religion noch von Kirche geredet werden, aber gerade von dem Standpunkt aus, die Religionsfreiheit gegen jede Aufhebung zu sichern, kommt ich zu entgegengesetzten Conklusionen wie College Birchow. Was verbürgt ihm denn, dass die individuelle Religionsfreiheit unter der Herrschaft souveräner Gemeinden besser garantiert ist, als unter den Organen der weiteren Landeskirche, oder glauben Sie, dass Sie nur das Wort „Gemeinde“ auszupredigen brauchen, um damit eine Garantie der persönlichen Freiheit zu haben? Hat nicht die durch und durch demokratische Stadtgemeinde Genf den Reiter Servet auf den Scheiterhaufen gestellt? Hatten nicht in unseren Städten, als sie noch selbstständige Kleinstaaten waren, unerbördlicher Wechsel von Parteiherbstäften stattgefunden? Sind auf dem kirchlichen Gebiete günstigere Erfolge von der Kleinstaatenrei zu erwarten, als auf dem politischen und nationalen? Die Consequenz dieses Individualprinzips — ich erinnere an die enthusiastische Ausführung desselben Seitens des Abg. v. Sander-Tarpitschen — fordert unbedingt die Begrämung des Zwanges der gesetzlichen Constitutionierung auch bei den Gemeinden und die Aufstellung des Prinzips der freien Association. (Sehr richtig! im Vorschritt!) Es sind das nicht utopische Dinge. Ein solches Kirchensystem oder vielmehr Unkirchensystem existiert auf breitem Boden in langjähriger Praxis bei den freien Congregationen Nordamerikas; es existiert, weil die Bevölkerung davon gewöhnt ist, aber einen amerikanischen Staatsmann werden Sie mit schwerlich citieren, der dies System als eine der schönen Seiten der freien Union geihlbert hätte. Bei uns würde der ganze Eifer der Dissidentenschaft sich dieser Waffe bemächtigen, sowohl der linken als ultrarechten Seite. Sie würden Spiritisten, Musiker und Inspirierte aller Art bekommen, die Bevölkerung würde sich schieflich mit Etel und Erniedrigung von jedem Kirchenwesen abwenden, die evangelische Kirche würde in sterile, aller Welt lästige Staubkörner zerstagen

v. Sybel bestreitet, dass es schon von den Reformatoren als ein „Notstand“ angesehen worden, so ist das unvergleichlich, da Luther dies wiederholt auspricht und die Landesherren als „Notbischofe“ bezeichnet. — Weil ich in dieser ganzen Verfassungsorganisation so ziemlich das Gegentheil von dem sehe, auf was wir hinauskommen sollten, nämlich die Selbstständigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche im Geiste des protestantischen Prinzipis, das zugleich ja auch ein Culturprincip ist; weil ich ein protestantisches Papstthum nicht herstellen und cäsaropapistische Zustände in der evangelischen Kirche nicht statuiren will, darum muss ich der ganzen Synodalordnung und auch dem Artikel 1 des uns vorliegenden Synodal-Gesetzes ein entschiedenes Nein entgegenstellen.

Berichterstatter Abg. Gneist: Der Standpunkt, den der Abg. Knörr vertrat, die Versuche, die Autonomie der eingetragenen Gemeinden in der evangelischen Kirche herzustellen und zu vollenden, sind schon seit Jahrhunderten gemacht worden, haben sich aber stets als illusorisch erwiesen. Sietz sah sich durch die Natur der Sache gewungen, über die Kirchthums-Politik der Einzelgemeinden hinauszugehen, und sich zu gemeinsamen Institutionen zu verbinden. Die Majorität des Hauses wird für die Vorlage stimmen, weil sie anerkennt, dass die General-Synodalordnung in durchaus geistlicher Weise zu Stande gekommen und weil sie das Vertrauen hat, dass die evangelischen Kirche — welcher der moderne Staat mehr als irgend einer anderen Institution verdankt — künftig zum Heile gereichen werde. (Beifall.)

Art. 1 wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums und eines geringen Theils der Fortschrittspartei vom Hause angenommen.

Art. 2 lautet: „Die Kreishypode übt die ihr in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zugewiesenen Rechte in Betreff 1) der in den Kirchengemeinden des Synodalkreises gemeinsamen Einrichtungen und Institute für christliche Biedeswerke, 2) des Kassen- und Rechnungsweisens der einzelnen Gemeinden und der kirchlichen Stiftungen innerhalb des Bezirks; 3) der Kreishypodalkasse, des Kreis-Synodalrechners, des Etats der Kasse und der Reparation der zu derselben erforderlichen Beiträge der Kirchenfassen und Gemeinden; 4) der statutarischen Ordnungen. — Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden nach § 52, Absatz 3, 4 gefasst.“

Abg. Windhorst (Meppen) verliest eine schriftliche Erklärung der Centrumsfraktion, in der es heißt: „Die evangelische Kirche hat nach der Natur der Sache und nach allgemein kirchenrechtlichen Grundsätzen das unzweifelbare Recht, sich selbstständig und von staatlicher Einwirkung unabhängig zu constituirn. Die Ausübung dieses Rechtes wurde in Artikel 15 der Verfassung ausdrücklich anerkannt. Der Artikel 15 ist zwar formell aufgehoben, damit ist aber der darin anerkannte, auch ohne solche Anerkennung rechtsbeständige Grundtakt nicht reprobiert, noch weniger ist die durch den Art. 15 bestätigten entgegengestellten landesgesetzlichen Bestimmungen durch die einfache formelle Aufhebung des Art. 15 wiederhergestellt. Darnach können meine politischen Freunde und ich die staatlichen Organe als solche in keiner Weise für zuständig erachten, auf die Constitution und Organisation der evangelischen Kirche einzutwirken. Nur für die Aufstellung der dieser selbstständigen Constitution und Organisation etwa noch entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen könnten wir uns erklären, und einem Staatsgesetz, welches alle der selbstständigen Constitution und Organisation der evangelischen Kirche etwa entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen aufhebe und in diesem Sinne einer gesetzmässig zu Stande gekommenen General-Synodalordnung die Sanction ertheile, könnten wir um so bereitwilliger zustimmen, als es im wohlverstandenen Interesse Aller liegt, dass die evangelische Kirche selbstständig und von staatlicher Aufsicht frei gestellt wird.“

„Der ablehnende Haltung würden wir am liebsten dadurch einen Ausdruck geben, dass wir uns der Abstimmung über dieses Staatsgesetz im Ganzen und in Einzelnen enthielten, und wir würden diese Enthaltung eintreten lassen, wenn wir nicht in der durch die General-Synodalordnung, so wie geschehen, getroffenen Veränderung der definitiv erlassenen Gemeinde- und Provinzial-Synodalordnung vom Jahre 1873 eine Verletzung der zu Recht bestehenden Verfassung der evangelischen Kirche erblicken müssten (Heiterkeit).“

Sollten durch den Lauf der weiteren Verhandlung die vorstehenden Bedenken gehoben werden, so behalten wir uns vor, unsere Haltung zu dieser Gesetzesvorlage in dritter Berathung zu modifizieren. — Auf eine Anfrage des Abg. Richter (Sangerhausen) wegen der Berufung der Kreishypoden erwidert Cultusminister Falk: Der Oberkirchenrat hat es für wünschenswert erachtet, die gegenwärtigen Kreishypoden noch über gewisse innere kirchliche Angelegenheiten zu hören, um ihren Rath zu vernichten. Die Frage, ob das richtig oder nicht richtig ist, steht nicht meiner Cognition zu. Es sind in diesem Augenblide bereits die Einheiten getroffen worden, um die §§ 42 und 43 der General-Synodalordnung zur Ausführung zu bringen.

Auf eine Anfrage des Abg. Richter (Sangerhausen) wegen der Berufung der Kreishypoden erwidert Cultusminister Falk: Der Oberkirchenrat hat es für wünschenswert erachtet, die gegenwärtigen Kreishypoden noch über gewisse innere kirchliche Angelegenheiten zu hören, um ihren Rath zu vernichten. Die Frage, ob das richtig oder nicht richtig ist, steht nicht meiner Cognition zu. Es sind in diesem Augenblide bereits die Einheiten getroffen worden, um die §§ 42 und 43 der General-Synodalordnung zur Ausführung zu bringen.

Abg. Birchow begründet die Tatsit, welche seine Fraktion in der gegenwärtigen Berathung der Vorlage einzuschlagen habe. Prinzipiell der Ausschluss Windhorsts sehr nahe stehend und das Recht der evangelischen Kirche auf selbstständige Constitutionierung anerkannd, müsse die Partei dennoch dieser General-Synodalordnung gegenüber entschieden darauf halten, dass die Rechte des Staates gewahrt und Uebergriffe der kirchlichen Organe auf das staatliche Gebiet verhindert würden. Aus diesem Grunde werde man alle diesen Zweck verfolgenden Anträge der liberalen Freunde der Vorlage unterstützen, wie dies schon in der Commission geschehen sei.

Art. 2 wird hierauf nach dem Vorschlage der Commission angenommen.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird der Art. 3 vorläufig abgestellt, um zusammen mit Art. 8, 9a, 10, 11 und 14a später diskutiert zu werden. — Die Art. 4, 5, 6, 7, 9 und 11 werden nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

Art. 12 lautet in der Regierungsvorlage:

„Kirchliche Gesetze und Verordnungen, sie mögen

für die Landeskirche oder für einzelne Provinzen oder für den Rücksichtslosen bestimmt werden, so ist das unvergleichlich, da Luther dies wiederholt auspricht und die Landesherren als „Notbischofe“ bezeichnet. — Weil ich in dieser ganzen Verfassungsorganisation so ziemlich das Gegentheil von dem sehe, auf was wir hinauskommen sollten, nämlich die Selbstständigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche im Geiste des protestantischen Prinzipis, das zugleich ja auch ein Culturprincip ist; weil ich ein protestantisches Papstthum nicht herstellen und cäsaropapistische Zustände in der evangelischen Kirche nicht statuiren will, darum muss ich der ganzen Synodalordnung und auch dem Artikel 1 des uns vorliegenden Synodal-Gesetzes ein entschiedenes Nein entgegenstellen. — Bevor ein von einer Provinzial-Synode oder ein von der General-Synode angenommenes Gesetz dem König zur kirchen-regimentlichen Genehmigung vorgelegt wird, ist die Erklärung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten darüber herbeizuführen, ob gegen den Erlass derselben von Staatswegen etwas zu erinnern sei. — Absatz 4 des § 6 der General-Synodalordnung vom 20. Januar 1876 findet auch auf provinzielle kirchliche Gesetze Anwendung. — Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch in dem Bezirk der Kirchenordnung vom 5. März 1835 für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz.“ — Dagegen schlägt die Commission folgende Fassung vor: „Die Staatsgesetze geben den Kirchengebieten vor.“ — Die Sanction eines einer Provinzial-Synode oder von der General-Synode beschlossenen Gesetzes darf bei dem König nicht eher beantragt werden, als bis durch eine Erklärung des dafür verantwortlichen Staatsministeriums festgestellt worden ist, das gegen das Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern ist. In der Verkündungsform ist diese Feststellung zu erwähnen. — Widerpricht ein Kirchengebot oder eine kirchliche Verordnung einem Staatsgesetz, so wird der Widerpruch durch königliche Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums bestätigt. — Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch in dem Bezirk der Kirchenordnung vom 5. März 1835 für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz.“

Eine Anzahl Amendements liegen vor, die alle die Streichung des Absatzes 3 der Commissionsfassung verlangen. In diesem Sinne sprechen sich auch die Abg. v. Löper-Löpersdorf, Löwenstein und v. Günz aus; sie erklären den Absatz 3 der Commission für unpraktisch und für gefährlich, weil dadurch einerseits dem König das Recht authentischer Interpretation der Staats- und Kirchengebote gegeben, andererseits die Vermuthung der Gültigkeit für alle nicht durch Königlichen Erlass befestigten Kirchengebote geschaffen werde. — Cultusminister Falk: Die Staatsregierung hält vor Allem die Streichung des Absatzes 3 für notwendig. In Bezug auf den Abstand 1 würde ich mich ebenfalls dem Antrag Löwenstein auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage anschliessen. Was den Absatz 2 anlangt, so setzt die Commission an Stelle des Cultusministers das verantwortliche Staatsministerium; ich glaube, dieser Beschluss geht aus einer unzutreffenden Parallelisierung mit Art. 63 der Verfassung, der von Notstandsvorordnungen handelt, hervor; ich bitte Sie daher, auch hier die Regierungsvorlage anzunehmen. — Abg. Webreppen: Die Streichung des Absatzes 3 der Commissionsbeschlüsse führt zu dem Resultat, dass ein ungültiges Kirchengebot fort und fort nicht anders als durch ein neues Staatsgesetz entfernt werden könnte, d. h. fort und fort bestehen. Das sei doch ein ganz außerordentlich vernünftiger Zustand. Abg. 2 andrerseits der Regierungsvorlage sei in dieser Fassung unannehmbar. Die Erklärung, ob gegen das Kirchengebot nichts zu erinnern sei, die der Cultusminister abgebe, genüge nicht, dann könne trotz der Erklärung, dass etwas zu erinnern sei, die Sanction durch den König dennoch erfolgen. Dies mache die Fassung der Regierungsvorlage unmö

Plänen, welche noch in der Vorbereitung begriffen sind und deren Ausführung durchaus noch nicht der nächsten Zukunft angehört. Was namentlich die Befreiung des Reichs-Jüttzgams betrifft, so kann dieselbe wohl erst erfolgen, wenn die Reichs-Jüttzgegs in Kraft getreten sind. Ueber die Organisation von Elsass-Lothringen aber sind gewiß keine Anordnungen getroffen worden in dem Augenblick, in welchem das Präsidium des Reichskanzleramts anderweitig zu besetzen war. Die fachliche Frage ist hier mit der Personenfrage so innig verbunden, daß sie kurzer Hand nicht zu erledigen ist. Wir glauben, daß die Mittheilungen unseres Berliner Correspondenten, gegen welche diese Notiz gerichtet ist, genau die Absichten, wie sie damals vorlagen, wiedergeben; mittlerweile sind einzelne Störungen in die Getriebe gerathen. So war das Gerücht verbreitet, der Minister Leonhardt wolle seine Entlassung nehmen, weil er durch größere Selbstständigmachung des Reichsjüttzgams mit Herrn Friedberg an der Spitze in eine unehrbare Stellung als preußischer Minister gelange.

Ein großer Theil der Agrarier wollte den Congress deutscher Landwirthschaft auflösen und mit dem Verein der Wirtschaftsreformer vereinigen; der darauf zielende Antrag ist gefallen, nicht etwa weil die Agrarier überstimmt wurden, sondern weil ein anderer Theil derselben den Congress noch vorläufig beibehalten will zur Heranbildung von Mitgliedern für die Wirtschaftsreformer. Hr. v. Dietz-Daber motivierte wenigstens sein Votum gegen die Auflösung damit, „es müsse auch denjenigen Landwirthen, welche sich der Partei der Steuer- und Wirtschaftsreformer noch nicht gleich anschließen wollen, ein Centralpunkt erhalten werden.“ Der bisherige Secretär des Congresses, Deconomierath Haussburg, früher lange in Königsberg und jetzt Redakteur der „D. Landw. Pr.“ ist abgegangen worden; nach der „Landesgt.“ ist zu seinem Nachfolger der bisherige Secretär der Rostocker Handelskammer, Dr. Perrot, vom Ausschus gewählt. Perrot war unter den Handelskammer-Secretären ein sehr kleines Licht, wie gleichfalls unter seinen Berufsgenossen der Berliner Stadtgerichtsrath Wilmanns, der Gründer der „goldenen Internationale“. Beide besitzen aber großen Charakter; sie sind zu den Agrariern gegangen und sogleich große Autoritäten geworden. Merkwürdig ist, daß der neue Secretär des Congresses für Auflösung derselben sprach, ihn also für überflüssig erklärte, während der abgegangene in seinem Blatte für Erhaltung derselben eintrat.

Zum Tage vorher, zum 2. Mai, hatten acht schlesische Agrarier, fast lauter Grafen und Freiherrn, eine agrarische Versammlung ausgeschrieben, die schlesische Landwirthen waren „zur Befreiung der Mittel zur Abhilfe der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Nothlage“ eingeladen und sollen für den Verein der Wirtschaftsreformen eingefangen werden. Obgleich in Schlesien nur wenige Landwirthen agrarisch gesinnt sind, so hatten sich doch etwa 150 Personen eingefunden, weil die Versammlung glücklicherweise mit der schlesischen Schaffhauser zusammentraf. Von ihnen entfernten sich jedoch, wie die „Schlef. Ztg.“ erzählt, mehr als 50 namentlich während der Ausführungen des Dr. Perrot-Rostock, der mehrere sehr lange Vorträge hielt. Die Koryphäen der Agrarier sprachen den anwesenden schlesischen Landwirthen gut zu Munde, empfahlen den Verein der Wirtschaftsreformer, erläuterten dessen Programm, zogen über die Differentialtarife her, verlangten criminelle Bestrafung des Contractbruches, kurz thaten Alles, was nach ihrer Ansicht heute bei den Landwirthen „zieht“. Ueber den Erfolg wird verschieden berichtet. Die „Kreuz-Ztg.“ läßt sich schreiben: „Eine auf dem Bureau ausgelegte Liste wurde mit zahlreichen Unterschriften versehen, welche den Beitritt der Unterzeichner zu der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer erklärten.“ Der Schluss des Berichtes der in Breslau selbst erscheinenden „Schlef. Ztg.“ aber lautet: „Nachdem der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen erklärt, wird ein Bogen zur Eintragung von Beitrags-Erläuterungen für die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ausgelegt. Die Mehrzahl der noch Anwesenden verließ sofort den Saal.“ Das letztere Blatt hatte den Wirtschaftsreformern übrigens einen Leitartikel gewidmet, der auf einen größeren Erfolg eingerichtet war.

Ueber die bevorstehende Drei-Kanzler-Conferenz weiß sicher von den „freiwilligen Statthaltern“, wie Palmerston die Journalisten bezeichnet, Niemand etwas bestimmtes; um so mehr wird natürlich darüber Conjectural-Politik getrieben. Notiren wollen wir nur ein Telegramm eines sogenannten „diplomatischen“ Correspondenten aus Berlin: „Man glaubt hier, daß die bevorstehenden Befreiungen bei der Drei-Kanzler-Conferenz nach wie vor Andrassy's Reformnote zur Grundlage nehmen und eventuell die Garantien der Ausführung feststellen werden. Die Ergebnisse würden ohne Zweifel den andern Cabinetten mitgetheilt werden.“ — Ein als inspirirt bezeichneteter Artikel des „Pester Lloyd“ führt aus, daß eine Amending und theilweise Aenderung des Orientprogramms auf Grund der bisherigen Erfahrungen denkbar und zulässig sei, daß aber keinerlei Verschiebung des Endzieles der Friedenspolitik der Großmächte stattfinden werde.

Im englischen Unterhause sollte gestern nach einem Telegramm der Deputirte James die Mittheilung machen, daß er einen Antrag eingebracht habe, darin gebend, der Regierung formell ein Tadelvotum für die Sprache, in welcher die Proclamation über die Annahme des neuen Titels der Königin abgesetzt ist, zu ertheilen. Zugleich würde Hartington an den Premier Disraeli das Verlangen stellen, den Tag für die Berathung dieses Antrages festzusetzen. Hierauf würde die ganze liberale Partei das Missbrausen zum Parteisache machen. Die Proclamation wird von den Liberalen sehr lächerlich gemacht. Im strengsten amtlichen Stil, mit oftmaliger Wiederholung der unvermeidlichen Wörter sintemalen, alldieweiligen, nichtsdestoweniger, jedoch und dessenungeachtet, giebt die sonst so ernste „Daily News“ eine Nachbildung der Proclamation des Kaisertitels, indem sie die Unfehlbarkeit der Prinzessin Sophie, welche die englische Krone an das Haus Hannover gebracht hat, und aller ihrer

protestantischen Nachfolger kund thut, um so der päpstlichen Unfehlbarkeit eine englische entgegenzusetzen, wie Disraeli dem Vordringen Russlands mit einem indischen Kaisertitel begegnen zu müssen glaubte.

Aus Spanien berichtet die „R. B.“: „Es verlautet aus jenen Kreisen der baskischen Provinzen, welche unter allen Umständen ihre Sonderrechte bewahrt wissen wollen, es sei Frankreich gegenüber der Vorschlag gemacht worden, sich zu erheben und unter Frankreichs Schutz als unabhängig zu erklären. Die französische Regierung hatte diese Vorschlage naturgemäß zurückgewiesen.“

Deutschland.

Berlin, 4. April. Unter dem Vorsitz des Decnomierath Schütze (Heindorf) fand gestern eine Plenarversammlung der ständigen Mitglieder des Congresses deutscher Landwirthschaft statt. Von den 439 Beiträgen zahlenden Mitgliedern hatten sich circa 80 eingefunden. Dr. Calverla (Merzdorf) referierte über: die Beschlusssatzung bezüglich des Fortbestehens des Congresses und sein Tagen in Heidelberg. Der Redner bemerkte: Es sei bei dem Ausschus ein Antrag auf Auflösung des Congresses und Ueberweisung seines Vermögens an die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer eingegangen. Dieser Antrag sei motiviert durch das Auscheiden vieler Mitglieder aus dem Congress, durch die Entstehung des Landwirtschaftsrates, der Wander-Versammlungen der deutschen Forst- und Landwirthschaft und endlich durch die Vereinigung der deutschen Steuer- und Wirtschaftsreformer. Der Ausschus habe alles dies jedoch nicht für stichhaltig genug gehalten und den Antrag abgelehnt; er proponierte folgendes: 1) Es ist in diesem Jahre keine Versammlung nach Heidelberg einzuberufen. 2) Der Stadt Heidelberg ist von unserem Beschlusse Kenntniß zu geben, unter der ausdrücklichen Bemerkung, daß der Austritt der südwestdeutschen Mitglieder aus dem Ausschus ihr veranlaßt habe. Gleichzeitig ist der Stadt Heidelberg Dank auszudrücken, infsofern als sie ein Tagen des Congresses in ihren Mauern unterstützen wollte.“ Redner führte noch gegen den Antrag auf Auflösung des Congresses an, daß im Ganzen 115 Congresmitglieder der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer angehören. Nach einer sehr langen, bisweilen heftigen Debatte, in welcher u. a. die Herren v. Treskow, Schumacher (Barchlin), Knauer (Gröbers), Dr. Perrot (Rostock) und Stadtgerichtsrath Wilmanns (Berlin) für, die Herren Appellations-Rath a. D. v. Lenthe (Lenth), v. Dietz (Daber), Graf Türkheim, v. Bizekowitz und Dr. Rudolf Meyer gegen die Auflösung des Congresses sprachen, zog der Antragsteller, Herr Schumacher (Barchlin), seinen Antrag auf Auflösung zurück, mit dem Bemerk: er habe die Gewissheit, auf dem nächsten Congresse werden die Mitglieder der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer äußerst zahlreich vertreten sein. Danach gelangte der Eingangs erwähnte Antrag des Referenten einstimmig zur Annahme.

Stettin, 4. April. Die Ducherow-Smine und der Bahn soll am 15. d. M. eröffnet werden. Posen, 4. Mai. Der in Romm inhaftierte Prälat v. Kurowski ist unter 15. v. M. vom Oberpräfidenten aufgesondert worden, sein Amt als Domherr der hiesigen Metropole innerhalb 8 Tagen niederzulegen, widrigfalls auf seine Amtsenthebung beim königlichen Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten angetragen werden wird. Der Prälat hat im Ganzen noch eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten vor zu verbüßen.

Frankfurt a. M., 4. Mai. Der Kaiser ist heute Vormittag von Wiesbaden hier eingetroffen und, nachdem sich die großherzogl. badischen Herrschaften verabschiedet, alsbald mittelst Extrajuges nach Berlin weitergereist. (W. T.)

Karlsruhe, 4. Mai. Nachdem die zwölfe Kammer gestern die Generaldebatte über die Schulgesetzmöglichkeit beendet hatte, wurde heute der erste Artikel betreffend die geistliche Einführung gemischter Schulen mit Beibehaltung des konfessionellen Unterrichts mit allen gegen die Stimmen der Ultramontanen angenommen. (W. T.)

Österreich-Ungarn.

Wien, 4. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Elisabethbahn wurde beschlossen, den am 1. Juli c. fällig werdenden Coupon der Stammactien, unter Heranziehung der Spezialreserve, voll mit 5 fl. 25 Kr. in Silber einzulösen.

Der Linz-Budweiser-Coupon soll mit 4 fl. 25 Kr. eingelöst und die restirenden 75 Kr. sollen zur Deckung des Ausfalles an den Betriebseinnahmen verwendet werden. Betreffs der Salzburg-Tiroler Coupons erklärte der Regierungskommissär, daß die Regierung das Betriebsdeficit diesmal, ohne damit ein Präjudiz für die Zukunft zu schaffen, in die Jahresrechnung einstellen lasse, jedoch solle die Frage wegen des Betriebsdeficits prinzipiell gezeigt werden. Sonach wird der Coupon vollbezahlt werden. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Eine im Amtsblatt veröffentlichte Depesche des Generals Chanzy bestätigt das Ende des Aufstands in Alg erien mit dem Bemerk, daß dieser Aufstand eine „isolette Thatsache bleibe. Dazu bemerkte der „Temps“: Aber welches sind die Gründe derselben? Die ersten offiziellen Nachrichten erklärten ihn auschließlich durch die religiösen Aufwiegelungen eines Marabout. Die Journale von Constantine haben im Gegentheil die Erhebung der Bon-Aïd ausstattigkeiten Erpressungen erläutert, und eine Depesche der „Agence Hanas“ scheint diese Erklärung implicite zuzulassen. Es ist durchaus nötig, daß man über die Ursachen der Insurrection Aufklärung erhalte, und das Land kann sich nicht mit der banalen Ausflucht, die sich auf den religiösen Fanatismus stützt, begnügen. In der That genügt eine religiöse Aufwiegelung niemals, um in Algerien eine Empörung herbeizuführen. Wenn die Häupter des gegenwärtigen Aufstands vor Gericht erscheinen, wird man in dieser Angelegenheit klar sehen; eher nicht. — Der Prinz Arthur von England ist gestern hier angekommen; desgleichen meldet man die Ankunft Don Manuel Prado's, des künftigen Präsidenten von Peru, der die finanziellen Schwierigkeiten seines Landes in England und Frankreich zu heben sucht. Prado wird mehrere Wochen, der Prinz Arthur nur einige Tage verweilen. — Der Marineminister hat die schleunige Instandsetzung der „Loire“ und des „Friedland“ angeordnet.

Diese beiden Schiffe sind bestimmt, die von MacMahon zu begnadigenden Deportirten nach Frankreich zurückzuführen. — Im Finanzministerium hat man eine vergleichende Uebersicht der Gesamt-Ginnahme-Budgets von 1869 und 1877 zusammengestellt. Daraus ergibt sich, daß i. J. 1877 eine Mehr-Ginnahme von 909 Millionen zur Deckung der Ausgaben erforderlich ist. Diese Summe wird nur zum kleinsten Theile (mit 163 Mill.) durch einen Mehrertrag der alten Steuern aufgebracht. Der größte Theil, nämlich 746 M., röhrt von neuen Steuern her.

Spanien.

Madrid, 3. Mai. Das von dem Deputirten Alvarez eingebrachte, gegen die Toleranz in Religionsfragen gerichtete Amendement wurde von dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo lebhaft befämpft und bei der Abstimmung mit 226 gegen 39 Stimmen abgelehnt. (W. T.)

England.

London, 2. Mai. Im Unterhause erklärte gestern der Unterstaatssekretär Bourke auf Anfrage Pim's, daß mit folgenden Staaten Verträge zur Auslieferung entlaufenen Matrosen bestehen: Österreich, Belgien, Brasilien, Chili, Columbia, Dänemark, den Hansestädten, Frankreich, Griechenland, Honduras, Italien, Mecklenburg-Schwerin, den Niederlanden, Nicaragua, Peru, Portugal, Preußen, Russland, Salvador, Sandwick-Inseln, Schweden, Türkei. Bei Bevathung der Kaufahrt vorlage tabelle der Schiffbauere Reed die Wahl der vom Handelsamt eingezogenen Besichtigungs-Beamten, welche sämtlich Schiffscapitäne sind, nicht Ingenieure oder Schiffsbauer. Sir Ch. Adderley rechtfertigt seine Wahl durch Hinweis darauf, daß zwischen 1000 und 2000 Bewerbungen zu den 10 Beamtenstellen einließen, daß es ihm also an Auswahl nicht fehle, und er glaube, die geeigneten Leute herausgegriffen zu haben. Einen wichtigen Antrag zur Ergänzung der Vorlage stellte der Handelsamts-Präsident, welcher die Bestimmungen gegen Deckladungen im Winter auf dem Atlantischen Ocean in gleicher Weise auf englische und auf fremde Schiffe zur Anwendung bringt, sofern letztere in englische Häfen einlaufen. Es fehlt nicht an Lob für den kühnen Entschluß der Regierung. Sir H. James jedoch befürchtete Verwidlung mit auswärtigen Staaten, und fragte, ob es denn juristisch richtig sei, fremde Staatsangehörige für Handlungen strafbar zu machen, welche außerhalb englischer Gerichtsbarkeit vorgenommen würden. Folgen nicht Verwicklungen, so dürfen sicherlich Vergeltungsmaßregeln folgen. Die brauchen nicht erst zu folgen, erklärte Blomfoll, in Russland zum mindesten bestehen sie schon in großer Ausbildung. Der Schatzkanzler sagte, die Regierung habe die Angelegenheit in allen ihren Punkten wohl in Erwägung gezogen und sei mit sich über die Ausführbarkeit und Angemessenheit der Bestimmung vollständig einig. Es stehen ihr allerdings Bedenken entgegen, aber die Vortheile überwiegen die Nachtheile, und es geziemt sich für England, als erste Seemacht der Welt, den übrigen Ländern mit einem guten Beispiel voranzugehen. Sir W. Harcourt ist hiermit einverstanden. Die Bestimmung soll mit Neujahr in Kraft treten. Auch auf fremde Schiffe, welche aus englischen Häfen auslaufen, sollen einige der Bestimmungen in der Vorlage zur Geltung kommen, doch nur innerhalb gewisser Grenzen. Was Deckladungen anbelangt, so unterlasse die Vorlage nur Ladungen, welche mehr als drei Fuß über das Deck hervorragen. Blomfoll suchte ein allgemeines Verbot ohne diesen Vorbehalt zu erlangen und setzte dasselbe auch beinahe durch, 134 Mitglieder stimmten für, 142 gegen seinen Vorschlag.

Windsor, 3. Mai. Die Kaiserin Augusta ist heute Nachmittag hier eingetroffen und am Bahnhofe von der Königin Victoria und den Prinzencessen Helene und Beatrice auf das Herzlichste begrüßt worden. Auf der Fahrt nach dem Schlosse wurde die Kaiserin Augusta von der zahlreich anwesenden Bevölkerung mit lebhaften Kundgebungen empfangen. Plymouth, 3. Mai. Der Hamburger Post-dampfer „Göthe“, welcher die Schraube verloren hatte, lehrt nach England zurück und ist in Sicht des Leuchtturms von St. Agnes (Scilly-Inseln). Ein Schleppdampfer ist ihm entgegengesetzt. An Bord des „Göthe“ ist nach den gegebenen Signalen Alles wohl. (W. T.)

Danzig.

* Der Finanzminister fordert wiederholt auf, daß man sich der preußischen Kassenanweisungen vom 2. Nov. 1851, 15. Dezbr. 1856 und 13. Febr. 1861 baldigst dadurch entlebige, daß man sie bei den Staatskassen in Zahlung gebe oder bei den Regierungskassen, Kreis- und Postkassen, oder bei den Zollämtern einlöse.

* Die Corvette „Arcona“ ist gestern mit den ausrangierten Kanonenbooten „Blitz“ und „Wolf“ im Schleppzug in den Hafen von Neufahrwasser eingelaufen.

* Das wissenschaftliche Eindringen in einen obrigkeitlich versiegelten Raum durch einen Eingang, der nicht versiegelt ist, ist nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 29. März d. J. ebenso strafbar, wie das Eindringen durch den amtlich verfeilten Eingang.

* In der Sitzung des Lehrervereins am 3. d. M. hielt Dr. Lehrer Gebauer einen zweiten Vortrag über den Bau des menschlichen Körpers. Er behandelte eingehend und mit ausgezeichnete Klarheit die Organe des Blutlaufs und des Atmung und von den Sinnorganen das Auge. Die Buchhandlung von Prowe und Beufl. bat Aufspruch auf den Dank der Versammlung; sie hatte wiederum aus ihrem Lager die ausgezeichneten Bodischen Modelle und verschiedene Abbildungen zur Verfügung gestellt.

* Im Selonje'schen Etablissement ließ sich gestern eine böhmisch-ungarisch-österreichische Musikkapelle unter Leitung des Musikdirectors Hrn. Stoural hören, aus etwa 32 Personen bestehend, welche den günstigen Ruf, dessen sich die österreichische Blechmusik im Allgemeinen erfreuen hat, vollkommen bestätigte. Zu dem reich gesetzten Chor der Blechbläser, die gut gearbeitete und klangoelle Ventilinstrumente verschiedener Gattung zur Verfügung haben, tritt zur Erweiterung des hohen Discantes eine Anzahl von Clarinetten, darunter einige von höchster Stimmung, hinzu, welche die Melodie durchgreifend und brillant färben und dem gesamten Konzert eine elastische Beweglichkeit geben. Schon bei einer früheren Gelegenheit hörten wir hier eine ähnlich besetzte, gleichfalls österreichische Musikkapelle. Der Dirigent, Herr Stoural, hält seinen Bläserchor freilich zusammen und die Musikkapelle wird gleichsam mit militärischer Präzision und Schlagfertigkeit ausgeführt, die um so mehr zu Tage tritt, als das prächtige Rhythmischem in den vorgeführten Compositionen das Übergewicht hat. Rauschende und glänzende Effecte

stehen bei dieser Capelle, wie es in der Natur der Sache liegt, über zarten und gefühlvollen Klängen, obgleich auch nach dieser Richtung hin einzelne Musterstücke, z. B. zwei ganz italienisch Klingende Cavatines aus unbekannten Opern und von unbekannten Componisten, dann ein Polovci, aus gemütlichen slawischen Liedern bestehend, angenehm berührten. Der Meyerbeer'sche Krönungs-marsch aus dem „Propheten“ nahm sich in dieser Belebung recht imposant aus, auch eine Fest-Ouverture von Supp war von brillantem Klangeffekt, ohne sich als Composition über das Niveau blöker Unterhaltungsmaß zu erheben. Die Stoural'sche Capelle fand vielen Beifall und dürfte wiederholentlich mit Anteil gehabt werden. M.

* Die oben von unserm Herrn Musik-Referenten gewürdigte, böhmisch-österreichisch-ungarische Capelle des Herrn Stoural concertierte gestern Nachmittags auch in dem freundlichen Garten mit einem interessanten Programme, in dem u. A. Wagners Tannhäuser-Ouverture figurirte. Unter der Hand des jetzigen streb samen Wirthes, Herrn Reibmann, daß dieser Garten entschieden gewonnen; u. A. ist das Orchester seit dem vorigen Herbst von dem Fuße der Terrasse in die nach dem Walle zu gelegene Längseite des Gartens verlegt. Früher gingen dem in der Nähe des Hauses sitzenden Theile des Publikums die Piano's so ziemlich verloren, während jetzt sich der Schall über alle Theile des Gartens annähernd gleichmäßig verbreite. Während der Gartens an der Tonhalle für die Hörer seinen Abschluß fand, ist jetzt die neugeschmückte Terrasse mit in den Hörerkreis gezogen, und so trägt das neue Arrangement wesentlich zur Verschönerung des freundlichen, für die Stadt so bequem gelegenen Locales bei, dem noch weitere günstigere Veränderungen bevorsehen sollen. Das gestrige rauhe Wetter trug die Schulden daran, daß das Concert, wohlb das erste diesjährige im Freien, nicht so besucht war, wie es dasselbe verdient hätte. Doch gewährte der zwischen die beiden schützenden Forts des Bischofs- und Hohenbergs eingebettete Garten den Anwendungen vor den Winden Schutz genug, so daß die Mehrzahl im Freien den Klängen bis Sonnenuntergang lauschte, und die fleißige Capelle erfreute das dankbare Publikum außer dem Programm noch durch eine Anzahl hübscher Piecen als Zugabe.

** (Polizeibericht.) Der Frau S. ist aus einem Schrein eine goldene Tuchnabel, ein goldener Manschettenknopf, ein Paar Metall-Manschettenknöpfe und ein silbernes Messer mit Perlmuttgriff gestohlen. — Dem Töpfermeister G. ist gestern Vormittag ancheinend durch einen Bettler eine alte goldene Repetitur mit langer silberner Kette gestohlen. — Der Eigentümer K. bat die Bestrafung seiner beiden Söhne beantragt, weil sie ihm und seine Frau gemäßhandelt haben. — Der Büchsenmacher M. war vorgestern in der R. Gewehrfabrik mit einer Reparatur bei der in Ruhe gesetzten Hüllenpreße beschäftigt. Plötzlich kam letztere auf eine bisher nicht aufgeklärte Weise in Gang und schnitt dem M. das erste Glied des linken Zeigingers ab.

* Die Danzig-Stuttgarter Cariolpost erhält vom 7. d. M. ab den für die Sommerzeit bestimmten Gang: aus Danzig 2,15 früh, anstatt bisher 10,50 Vorm. durch Gr. Plehnendorf 3,10-15 früh, durch Schiewenhorst 5,10-20 Morgens (Anschluß nach Schönbaum), in Stuttg. 7,50 Morgens (Anschluß nach Rabenberg); aus Stuttg. 12,30 Mittags, statt jetzt 7,30 Abends, durch Schiewenhorst 3,10 Nachmittags (nach Ankunft der Cariolpost aus Schönbaum), durch Gr. Plehnendorf 5,10 Nachmittags, in Danzig 6,5 Nachmittags. Die Cariolpost zwischen Schiewenhorst und Schönbaum, ungleich die Botenpost zwischen Stuttg. und Stuttgart werden in ihrem Gange entsprechend geregelt.

† Marienburg, 4. Mai. Die Strecke der Mariawer Bahn bis Dt. Eylau wird wie man aus von competenter Seite mittheilt, vielleicht doch nicht mit dem Beginn des Monats Juli eröffnet werden können; da an einer Stelle, nicht weit von dem Bahnhof Klecewo — in der Nähe des Fleidens Altmark — ein Erdbruch stattgefunden hat, weil der Boden dort überaus sprudlig ist und dem von oben auf ihn herabdrückenden Gewicht nachgegeben hat. Es findet natürlich sofort alle Vorkehrungen getroffen worden, um die eingetretene Lücke zu ergänzen und durch die sorgfältige Arbeit die Wiederholung eines ähn

Neuheiten von Sonnenschirmen

in Pariser, Wiener, Berliner und eigenem Fabrikat und anerkannt eleganter und allergrößter Auswahl.

Die bedeutenden rechtzeitigen Einfüsse von Schirmkonstruktionen, Schirmstoffen und Stößen, sowie die geringen Unkosten bei meiner Fabrikation seien mich in den Stand jeder Konkurrenz mit Leichtigkeit die Spize zu bieten und das allerrechte Fabrikat zu so billigen Preisen abzugeben, wie dieses anderweitig gar nicht möglich.

Schirmfabrik, Langgasse 35. Adalbert Karau, 35. Langgasse, Schirmfabrik.

Aufstellungen von extra zu Costums passenden Schirmen, neuen Beilagen und jeder Reparatur schnell und billig.

Vorjährige Sonnenschirme zu 7½, 10, 12½, 15, 20, 25, 30 bis 75 fl., die das Doppelte kostet.

Anderweitiger Unternehmungen halber

beabsichtigen wir das seit sieben Jahren am hiesigen Platze unter der Firma

Riess & Reimann,

betriebene



vollständig aufzugeben.

Berufs schnellster Durchführung der Realisierung eröffnen wir aus obigem Grunde mit dem heutigen Tage einen Total-Ausverkauf unserer bedeutenden Waarenlager.

Dieselben sind gegenwärtig noch in allen denkbaren Stoffen für Ueberzieher, ganze Anzüge, Beinkleider, Westen u. Knabenanzüge auf das Grosartigste sortirt, sämtliche Waaren zeichnen sich durch Gediegenheit, brillante Muster und ächte Farben aus und werden wir jedes zu wünschende Metermaas zu Ausverkaufspreisen abgeben.

Italiencloths, ächte Sammete, sämtl. Futterstoffe, Borden u. Knöpfe werden zu und unter Fabrikpreisen verkauft.

Der Ausverkauf währt von Morgens 7 Uhr ununterbrochen bis Abends 8 Uhr. Indem wir diese Gelegenheit zum Aufkauf vorzüglicher Waaren zu beispiellos billigen Preisen wahrzunehmen bitten, laden zu zahlreichen Antläufen ergebenst ein.

Riess & Reimann,

Breitgasse No. 56.

NB. Wiederverkäufern in der Provinz machen wir hierauf besonders aufmerksam.

Herrn fröhlich 7½ Uhr wurden wir durch die Geburt eines kräftigen Knaben erfreut.

Marienburg, den 4. Mai 1876.

Dr. Paul Wilczewski

1647) und Frau geb. Roettken.

Nach schwerem Leiden entschlief sanft am Gesternabend unser geliebter Sohn Hermann im sechzehnten Lebensjahr. Diese traurige Nachricht statt besonderer Meldung.

Koczeliski, den 5. Mai 1876.

J. Wiebe und Frau.

Anzeige.

Die Beerdigung des Rentier G. E. Preuss findet nicht wie angezeigt Montag den 8. M. Vorm. 9 Uhr vom Trauerhause, sondern von dem Leichenhause des Heil. Leichuams Kirchhof aus, statt.

(1648)

Die Beerdigung des Dr. Rudloff findet Dienstag, den 9. Mai, Morgen 8 Uhr, vom Trauerhause aus, Kohlengasse 1, statt.

Dampfergelegenheit Hamburg-Danzig.

Am 15. d. M. wird S. S. "Ader" von Hamburg direct nach hier expediert.

Anmeldungen von Gütern erbitten

W. von Essen & Jacob,

Hamburg,

Wilh. Ganswindt, Danzig.

Chester-Käse,

Romadour-Käse,

Troyes- " "

d'Estimés- " "

Rouquefort- " "

Mont-d'Or- " "

empfiehlt

J. G. Amort,
Langgasse 4.

Lissaboner

Kartoffeln

empfiehlt

J. G. Amort,

Langgasse 4.

Frischen

amerik. Pferdezähn-Mais

offerirt

F. W. Lehmann,
Metzergasse 13 (Fischerthor).

Feinste Tisch- und Kochbutter,
täglich frisch, in 1/4 und 1/2 lb empfiehlt zu herabgesetzten Preisen

A. v. Zynda, Hundegasse 119,
vormals C. W. H. Schubert. (1688)

Mein vollständig assortiertes
Kaffee-Lager in ganz vor-
züglicher Qualität empfiehlt als
besonders preiswert.

A. v. Zynda, Hundegasse 119,
vorm. C. W. H. Schubert.

in Pariser, Wiener, Berliner und eigenem Fabrikat und anerkannt eleganter und allergrößter Auswahl.

Die bedeutenden rechtzeitigen Einfüsse von Schirmkonstruktionen, Schirmstoffen und Stößen, sowie die geringen Unkosten bei meiner Fabrikation seien mich in den Stand jeder Konkurrenz mit Leichtigkeit die Spize zu bieten und das allerrechte Fabrikat zu so billigen Preisen abzugeben, wie dieses anderweitig gar nicht möglich.

Schirmfabrik, Langgasse 35. Adalbert Karau, 35. Langgasse, Schirmfabrik.

Aufstellungen von extra zu Costums passenden Schirmen, neuen Beilagen und jeder Reparatur schnell und billig.

Vorjährige Sonnenschirme zu 7½, 10, 12½, 15, 20, 25, 30 bis 75 fl., die das Doppelte kostet.

Kaffeehaus zum Freundschaftlichen Garten

Langgasse No. 1.

Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 7. Mai er.

Grosses

Nachmittags-Concert

von der

I. I. Österreichischen Kapelle

unter Leitung des Musik-Directors Herrn H. W. Stoural.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Familien-Billets 3 Stück 1 fl. sind zu haben in der Musikalienhandlung von

Herrn Karau, Langgasse No. 74.

Bei ungünstiger Witterung findet das Concert im Saale statt.

Auction über Kentucky-Blätter-Tabak.

Montag, den 8. Mai er., Vormittags 10 Uhr, werde ich in der Expedition der Stettiner Dampfer am Schärenfelder Wasser

ca. 10 Tr. Kentucky-Blätter-Tabak.

ca. 10 Mille Cigarren von guter Mittelwaare

nach Bequemlichkeit der Herren Käufer in kleineren Quantitäten versteigern und die

Zahlungsbedingungen bekannt machen.

(1701)

Nothwanger, Auctionator.

Grundstück-s-Verkauf zu Klein Plehnendorf.

Das zu Klein Plehnendorf No. 2 des Grundbuchs, an der Bohnsacke Chaussee belegene Grundstück, bestehend aus einem Wohnhause aus Schürzwerk unter Pfannenbach, einer Scheune mit Stroh und einem Stallgebäude mit Stroh gedeckt, einem Obst- und Gemüsegarten und ca. 47 Magdeburger Morgen Acker- und Wiesenland, soll im Auftrag des Janner'schen Erben beabsichtigt Erbregulirung durch Licitation verkaufen. Hierzu habe ich

Dienstag, den 9. Mai er., Nachmittags 3 Uhr, an Ort und Stelle Termin angezeigt und werde die näheren Bedingungen bei der Licitation bekannt machen.

Der Meistbietende hat im Termin eine baare Caution von 500 fl. zu deponieren, übernimmt auch die Kosten der Licitation, des Kauf-Contracts und Stempels.

Janzen, Auctionator, Breitgasse 4.

EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK

Carl Kohlert, Otto Most,

DANZIG, Weidengasse 35,

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Dampfmaschinen nebst zugehörigen Kesseln, als: Horizontale und vertikale, bis zu jeder Größe, Wanddampfmaschinen, Transportable Dampfmaschinen mit Kessel, zusammen auf gemeinschaftlicher Grundplatte, Locomobilen, Dampframulen und Winden.

Kleinere Maschinen bis zu 16 Pferdekraft und Locomobilen stets auf Lager.

Prima amerikan. Spec. u. amerikan. Schmalz erhält ich wieder neue Sendung u. offeriere in Kisten à 6 Seiten resp. Fässern, sowie ausgewogen billigst.

Albert Haub, Langgasse 5.

Täglich frische Tisch-, Koch- und Backbutter, sowie täglich zweimal frische Milch, auf Wunsch in's Haus gebracht, ist stets zu haben in der Butter- und Käsefabrik von Fr. Kessler, Fleischergasse 72 und Scheibenvitterg. 9 fl. Käse sind zu verkaufen Heilige Geistgasse No. 58. (1700)

Die neuesten Sorten von Petroleum-Rohöfen sind zu den billigsten Preisen zu haben bei H. Nathan, Breitgasse 2.

Ein Bieriel Lotterieloos bisiger Collecte für 25 fl. zu verkaufen. Abr. werden unter No. 1666 in der Exp. dieser Bieg. erbeten.

Ein eleg. kurzer Flügel ist zu verkaufen Vorst. Graben 24, 2 Tr. Ein recht gut erhalten Flügel von Wilhelmiestadt ist wegen Versehung billig zu verkaufen Kl. Krämergasse No. 1. (1634)

Für eine gute Tagelversicherungs-Gesellschaft werden gegen 10 % Provision thätige Agenten gehucht. Abr. werden unter No. 1642 in der Exp. d. Bieg. erbeten.

Ein Vehrung fürs Comtoir kann sich Poggenfuß No. 10 melden (1643)

Für ein bissiges Assuranz und Commissions-Geschäft wird ein Lehrling mit tüchtiger Schulbildung gegen monatl. Remuneration ges. und selbstgesch. Offerten w. u. No. 1641 i. d. Exp. d. Bieg. entgegengen.

Ein mit dem Federanschnitt vertrauter junger Mann sucht von sogleich oder auch später Stellung. Gef. Abr. werden unter 1653 in der Exp. dieser Bieg. erbeten.

Eine den bessern Ständen angehörige Witwe bittet dringend gegen Sicherheit um ein Darlehen von 10—15 fl. auf Abzahlung. Abr. werden unter 1662 in der Exp. dieser Bieg. erbeten.

Eine herrschaf. Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst Zubehör ist Hundegasse No. 7 zum October d. J. zu vermieten. Näheres Hundegasse No. 8, im Comtoir.

Von einem Handwerker wird in der Nähe der Frauengasse eine Untergesellschaft zu mieten gesucht. Abr. werden unter No. 1657 in den Exp. dieser Bieg. erbeten.

Eine herrschaftl. Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst Zubehör ist Hundegasse No. 7 zum October d. J. zu vermieten. Näheres Hundegasse No. 8, im Comtoir.

Von einem Handwerker wird in der Nähe der Frauengasse eine Untergesellschaft zu mieten gesucht. Abr. werden unter No. 1657 in den Exp. dieser Bieg. erbeten.

Königsb. Pferde-Lotterie à 3 fl. Stettiner Pferde-Lotterie à 3 fl. Berliner Flora-Lotterie à 3 fl. Johannesstift-Bazar-Loose à 50 fl. bei Theodor Bortling, Serberg. 2.

Berantwortlicher Redakteur H. Möller. Druck und Verlag von A. W. Hofmann, Danzig.

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank in Coeslin.

Die am 15. December pr. ausgelosten, per 1. Juli c. fälligen Hypothekenbriefe 1. Em. werden schon vor jetzt ab

in Cöslin an unserer Käfe, in Danzig bei den Herren Baum & Liepmann eingelöst.

Cöslin, den 1. Mai 1876.

Die Haupt-Direction.

R. Deutschendorf & Co.

Säcke-Fabrik und Leinen-Handlung

Milchfannengasse No. 12.

Zur bevorstehenden Wollhälfte empfehlen wir unser großes Lager aller Arten fertiger

Wollsäcke

bestehend in: Säcklinge mit Köper, roth, gestreift. u. glatt, 8½—11 fl. schw. Tarpawling prma. Qualität 7—9 fl. Pommersch-Leinen do. 10—12 fl. Hessians-Säcke, feine leichte Waare, von fl. 1.80—2.50 pr. St.

Durch besonders günstige Abschlüsse sind wir in der Lage, annehmweise billige Preise zu stellen und gute Waare zu liefern. Proben werden auf Wunsch zugestellt und Ordres auf das Pünktlichste ausgeführt.

Die Haupt-Direction.

Für Dampf-Maschinen, sowie

Brenn- und Brauereien

empfiehlt

Gummiplatten, Gummischläuche, Gummischläuche,

Spiralschläuche, Ventil- und Pumpentassen,

Amerikan. selbstschmierende Stopfbuchsenchirur,

Manometer, Wasserstandgläser, Atmosphärische

Selbststöler,

die Manometer-Fabrik

von Victor Lietzau,

Danzig,